

## Erste Ergebnisse zur Breitbandversorgung im Landkreis

>> GÖTTINGEN. Leistungsfähige und bezahlbare Internetanschlüsse im gesamten Kreis sind die Zielvorgabe von Landrat Reinhard Schermann (CDU). Um dafür eine Datengrundlage zu schaffen, startet der [Landkreis Göttingen](#) in einer Gemeinschaftsaktion mit den Städten, den Gemeinden und der [Wirtschaftsförderung Region Göttingen GmbH](#) (WRG) im November eine Umfrage zum Stand des Versorgungsgrades der Breitbandtechnologie. Als Ausgangspunkt für weitere Schritte stellte Dr. Derek Meier, [Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen](#), die Ergebnisse bei der 5. Informationsveranstaltung der Kreisverwaltung zum Thema Breitbandversorgung des Landkreises Göttingen vor.

Die hohe Rücklaufquote von über 11 Prozent, ein Spitzenwert in Niedersachsen, deute bereits darauf hin, dass die Situation teils sehr schlecht und der Leidensdruck sehr hoch sei, so Meier. Weniger als zwölf Prozent nutzen ISDN oder ein analoges Modem, DSL sei weit verbreitet. Doch, betont Meier, „DSL ist nicht gleich DSL.“ So hätten ungefähr 20 Prozent der DSL-Nutzer Geschwindigkeiten von weniger als einem MBit zur Verfügung. Addiert mit ISDN- und Modem-Nutzern müssten dementsprechend mehr als 30 Prozent im Landkreis mit sehr langsamen Geschwindigkeiten Vorlieb nehmen. Meier: „Das verleiht

der Situation eine gewisse Brisanz“, gerade da ein Drittel der Befragten das Internet für die Arbeit nutze. Grundsätzlich ergebe sich das typische Bild, dass Ortskerne gut versorgt seien, die DSL-Verfügbarkeit in der Peripherie aber immer schlechter werde. Dabei gebe es „keine Gemeinde, die besonders schlecht, aber auch keine, die besonders gut da steht.“

Aus seiner Erfahrung heraus plädiert Meier für eine abgestimmte Gesamtplanung. Der Kostenrahmen für eine Machbarkeitsstudie für den Ausbau der Breitbandverfügbarkeit im gesamten Kreis, die sich als sinnvoller nächster Schritt darstelle, bewege sich zwischen 50.000 und 60.000 Euro. Die Chancen auf eine Förderung durch das Land seien sehr groß. Auf grundsätzliche Zustimmung stieß der Vorschlag bei den anwesenden Bürgermeistern. Auch ein Modell für die Übernahme der übrigen Kosten ist gefunden: Im Falle einer Landesförderung wollen Kreisverwaltung und WRG diese gemeinsam tragen. Durch die Machbarkeitsstudie daure der Prozess zwar länger als gehofft, so Schermann, doch stimme ihn die getroffene Verständigung zuversichtlich. „Nun werden wir auf die Bürgermeister zugehen und alles in die Wege leiten.“ Allerdings nehme eine Machbarkeitsstudie auch die Bürgermeister in die Pflicht, die dann Werte für die Auswertung liefern müssten. ck